

Berliner Volks-Zeitung

Die drohende Metallarbeiterausperrung.

Im heutigen Morgenblatt haben wir bereits gemeldet, in welcher Weise die Metallarbeiter der Gewerkschaften in jener Notig infolge eines Schreibfehlers zu Gewerkschaften gemacht worden, zu der drohenden Aussperrung Stellung genommen haben. Die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu der vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angebotenen Aussperrung wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wir erhalten darüber aus diesen Kreisen folgende Informationen:

Zunächst wird der Gesamtverband des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich mit der Angelegenheit befassen, und dann wird eine gemeinsame Konferenz der Verbände aller an dem Kampf beteiligten freien Gewerkschaften erfolgen. Es kommen deren acht in Betracht, darunter auch der Verband der Schmiede, der Verband der Maschinenisten und Feiger und der Verband der Kupferindustrie.

Es wird sich zunächst darum handeln, eine Grundlage für die ja auch von den Arbeitgebern angebotenen Verhandlungen zu finden, in denen noch einmal eine Verständigung versucht werden soll.

Lieber die bei einer Verwirklichung der Aussperrung zu treffenden die Abwehrmaßnahmen besonders darüber, ob die restlichen 40 Prozent die Aussperrung mit der Arbeitsniederlegung beantworten werden, ist sich jetzt noch nichts sagen.

In den Kreisen der Gewerkschaften steht man der Drohung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller verhältnismäßig ruhig gegenüber. Es wird darauf verwiesen, daß den freien Gewerkschaften alle bei einer Verwirklichung dieser Drohung immer noch eine große Menge von arbeitenden Mitgliedern bleibt. Die handwerksmäßigen Betriebe der Bauhölzer, Bauknechte, Holzleger usw. werden von der Aussperrung nicht betroffen, da sie zum großen Teil unter Tarifverträgen arbeiten und die Arbeitgeber weniger mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen zusammenhängen. In Berlin, wo diese Metallarbeiter dem Anteil der Arbeitgeber des Bauwesens angehörend sind, der unter der Führung des Verbandes der Bauhölzer steht, glaubt man nicht, daß die Arbeitgeber im Gegensatz zu ihrer Haltung bei der Aussperrung der Bauarbeiter eine Sympathieausperrung mitmachen werden.

Vor allem rechnet man auf eine Verständigung bei den nächsten Verhandlungen. Es bleibt dann allerdings immer noch die Gefahr bestehen, daß die Masse der durch den Kampf betroffenen Arbeiter sich dem Verlangen der Arbeitgeber nicht angeschlossen sind, der unter der Führung des Verbandes der Bauhölzer steht, glaubt man nicht, daß die Arbeitgeber im Gegensatz zu ihrer Haltung bei der Aussperrung der Bauarbeiter eine Sympathieausperrung mitmachen werden.

In jedem Fall kann also das jetzt von den Metallindustriellen getriebene Spiel mit dem Feuer bedenkliche Folgen für unser Wirtschaftsleben haben.

Kassel.

Auf dem bevorstehenden nationalliberalen Parteitag in Kassel wird es voraussichtlich zu schweren Zusammenstößen zwischen rechts und links kommen. Es gibt in der Partei alle Herren, die sich nach den agrarischen Pfeilern des Bundes der Landwirte lehnen, und die daher bemüht sind, die Partei den Konservern auszuliefern. Wie es heißt, sollen von dieser Seite auf dem Kasseler Tage folgende Fragen berührt werden:

1. In wirtschaftlichen Fragen darf künftig ein Fraktionszwang nicht ausgedrückt werden.

2. Die Rechte der rechtsstehenden Parteien müssen unterlaufen werden.

3. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie wird als die wichtigste Aufgabe allen anderen vorgezogen.

4. Ferngemäß ist jeder die Sozialdemokratie einschließende Propaganda gegen die Rechte und das Zentrum ungewöhnlich anzukämpfen.

5. Ein generelles Bündnis mit dem Freisinn wird abgelehnt.

Die Jungliberalen dürfen keine Partei in der Partei bilden und selbständig eine selbständige Politik treiben.

Es gibt immer noch Freisinnige, die da glauben, mit den Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen zusammengehen zu können. Wenn in Kassel im Sinne der vorstehenden Forderungen entschieden wird, dann wird wohl auch diesen Freisinnigen endlich ein Licht darüber aufgehen, daß sie rechts von der Fortschrittspartei nichts zu suchen haben werden.

Die rheinischen Nationalliberalen

gehen einseitig ihre eigenen Wege. Wir erhalten aus Köln folgendes Privat-Telegramm:

Zu den wiederholenden Meldungen über die vertrauliche Beratung des Vorstandes der nationalliberalen Partei Rheinlands in Sachen eines Wechselschlusses mit der Fortschrittlichen Volkspartei erlaube ich mir sehr guter Quelle, daß bei den Beratungen die grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgesprochen, in Verhandlungen durch eine aus Vertretern beider Parteien noch zu bildende Kommission einzutreten, falls sich diese Verhandlungen auf alle Reichstagswahlkreise der Rheinprovinz erstrecken. Die Entscheidung über diese Forderung liegt derzeit in der Hand der Fortschrittlichen Volkspartei.

Ein bester Vertreter. Das Kriegsgericht der Aufführungsrechte wurde, wie uns ein Privat-Telegramm aus Kiel meldet, wegen Obermaschinenführer Gansow vom Kreuzer „Stettin“ wegen vollendeten Betrugs militärischer Geheimnisse und Unterdrückung zu drei Jahren zehn Tagen Zuchthaus, Entfernung aus der Marine und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre. Gansow hatte in der Nacht zum 7. April dem Maschinenführer eines im Rieder Kriegsschiff liegenden russischen Kreuzers zwei Geheimblätter, die er zur Infor-

Kurze Chronik.

Zur Meldung von einem Besuche des Königs Georg von England beim deutschen Kaiser und beim bayerischen Großherzogspaar wird aus London demontiert.

Die Berliner Handelskammer fordert die Öffnung der Grenzen und die Herabsetzung der Einfuhrzölle zur Bänderung der Wirtschaft.

Wegen den Aufenthalt des Baron in Deutschland hat der sozialdemokratische Parteitag eine scharfe Resolution angenommen.

Der Minister Lange, der dem Grafen Jepsell das Exilrecht am letzten Aufschuß verloren und wegen Verleumdung Jepsells zu Gefängnis verurteilt wurde, ist vom Reichsgericht mit seiner Revision abgewiesen worden.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, die Diebstahlsbande zu verhaften, die die letzten Holzwaren-Ländereien für etwa 1800000 Mark Belgwaren Raub.

Mehreres im Text des Blattes.

mation erhalten hatte, zum Kauf angeboten und der russische Maschinenist hatte die Bücher eingesehen, den Kauf aber wegen des zu hohen Preises abgelehnt. Als Kaufpreis wurden von einem Zeugen 150000 Rubel, von einem anderen 50000 Rubel genannt.

Der Ausschluß der Budgetbewilliger.

Der angenommene „unannehmbare“ Antrag Zubeil droht, wie bekannt, den Budgetbewilligern der Zukunft den Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei an. Wir hatten dazu bemerkt, daß in Verfolg dieses Antrages eine Spaltung in der Partei nicht eintreten werde, und daß er nur die Parteiorganisation ihres Wahlkreises aus der Partei ausschließen werde, und wer glaubt dem wohl ernstlich daran, daß etwa der Wahlkreis Frankfurt ihn hinauswerfen würde? Die Radikalen müßten schon, um ihr Ziel zu erreichen, einen Schritt weiter gehen und, etwa am nächsten Parteitag, ein neues Parteiprogramm beschließen, ein Wahlkreisgesetz, wonach Budgetbewilliger direkt von der Parteitag ausgeschlossen werden könnten. Zu einem solchen Beschluß wird es aber wohl kaum kommen, und daher hat das, was in Magdeburg beschlossen wurde, mehr platonischen als praktischen Wert. Praktisch kann man damit erreichen, daß ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden muß, aber dafür, daß es zum Ausschluß führe, besteht gar keine Garantie; im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß dabei nichts herauskäme. Aber freilich, schon der Umstand, daß ein solches Verfahren eingeleitet werden kann und wohl auch erfolgen würde, muß in der Partei Angst und Schrecken und Zweifel bringen, und muß auf die Süddeutschen, die überhaupt nicht, in der Budgetfrage freie Hand haben zu müssen, unangenehm erbittern werden.

Die Reichen des Kaisers. Der Kaiser ist gestern Abend um 9 Uhr von Sigmaringen nach der Station Wildpark abgereist. Von Potsdam reist der Kaiser zum Jagdaufenthalt nach Rominten. Als Vertreter des Kaiserlichen Amtes wird ihn dorthin der preussische Gesandte in Hamburg Graf v. Oehlen begleiten.

Lange-Jepsell. Dem Grafen Jepsell wird, wie bekannt, der Ruhm der Erfinder des „Leitbaren Karren Systems“ zu sein, von dem Mechaniker Lange in Stuttgart hartnäckig bestritten. Lange behauptet, das Patent des Grafen vom Jahre 1896 bezügle sich nur auf die Leibarbeit, nicht aber auf das heute so beliebte, aber dafür, daß es zum Ausschluß führe, besteht gar keine Garantie; im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß dabei nichts herauskäme. Aber freilich, schon der Umstand, daß ein solches Verfahren eingeleitet werden kann und wohl auch erfolgen würde, muß in der Partei Angst und Schrecken und Zweifel bringen, und muß auf die Süddeutschen, die überhaupt nicht, in der Budgetfrage freie Hand haben zu müssen, unangenehm erbittern werden.

Die Reichen des Kaisers. Der Kaiser ist gestern Abend um 9 Uhr von Sigmaringen nach der Station Wildpark abgereist. Von Potsdam reist der Kaiser zum Jagdaufenthalt nach Rominten. Als Vertreter des Kaiserlichen Amtes wird ihn dorthin der preussische Gesandte in Hamburg Graf v. Oehlen begleiten.

Lange-Jepsell. Dem Grafen Jepsell wird, wie bekannt, der Ruhm der Erfinder des „Leitbaren Karren Systems“ zu sein, von dem Mechaniker Lange in Stuttgart hartnäckig bestritten. Lange behauptet, das Patent des Grafen vom Jahre 1896 bezügle sich nur auf die Leibarbeit, nicht aber auf das heute so beliebte, aber dafür, daß es zum Ausschluß führe, besteht gar keine Garantie; im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß dabei nichts herauskäme. Aber freilich, schon der Umstand, daß ein solches Verfahren eingeleitet werden kann und wohl auch erfolgen würde, muß in der Partei Angst und Schrecken und Zweifel bringen, und muß auf die Süddeutschen, die überhaupt nicht, in der Budgetfrage freie Hand haben zu müssen, unangenehm erbittern werden.

Die Reichen des Kaisers. Der Kaiser ist gestern Abend um 9 Uhr von Sigmaringen nach der Station Wildpark abgereist. Von Potsdam reist der Kaiser zum Jagdaufenthalt nach Rominten. Als Vertreter des Kaiserlichen Amtes wird ihn dorthin der preussische Gesandte in Hamburg Graf v. Oehlen begleiten.

Lange-Jepsell. Dem Grafen Jepsell wird, wie bekannt, der Ruhm der Erfinder des „Leitbaren Karren Systems“ zu sein, von dem Mechaniker Lange in Stuttgart hartnäckig bestritten. Lange behauptet, das Patent des Grafen vom Jahre 1896 bezügle sich nur auf die Leibarbeit, nicht aber auf das heute so beliebte, aber dafür, daß es zum Ausschluß führe, besteht gar keine Garantie; im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß dabei nichts herauskäme. Aber freilich, schon der Umstand, daß ein solches Verfahren eingeleitet werden kann und wohl auch erfolgen würde, muß in der Partei Angst und Schrecken und Zweifel bringen, und muß auf die Süddeutschen, die überhaupt nicht, in der Budgetfrage freie Hand haben zu müssen, unangenehm erbittern werden.

Die Reichen des Kaisers. Der Kaiser ist gestern Abend um 9 Uhr von Sigmaringen nach der Station Wildpark abgereist. Von Potsdam reist der Kaiser zum Jagdaufenthalt nach Rominten. Als Vertreter des Kaiserlichen Amtes wird ihn dorthin der preussische Gesandte in Hamburg Graf v. Oehlen begleiten.

Lange-Jepsell. Dem Grafen Jepsell wird, wie bekannt, der Ruhm der Erfinder des „Leitbaren Karren Systems“ zu sein, von dem Mechaniker Lange in Stuttgart hartnäckig bestritten. Lange behauptet, das Patent des Grafen vom Jahre 1896 bezügle sich nur auf die Leibarbeit, nicht aber auf das heute so beliebte, aber dafür, daß es zum Ausschluß führe, besteht gar keine Garantie; im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß dabei nichts herauskäme. Aber freilich, schon der Umstand, daß ein solches Verfahren eingeleitet werden kann und wohl auch erfolgen würde, muß in der Partei Angst und Schrecken und Zweifel bringen, und muß auf die Süddeutschen, die überhaupt nicht, in der Budgetfrage freie Hand haben zu müssen, unangenehm erbittern werden.

Die reichsständische Verfassung. Die „Straßburger Post“ stellt die, daß der Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen in den nächsten Tagen an das preussische Staatsministerium gehen wird und daß bis jetzt kein Anhalt dafür gegeben ist, daß dort erhebliche Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden. Sobald durch die Entscheidung des Staatsministeriums die Stellung

Preußens zu dem Verfassungsentwurf klargelegt worden ist, wird er den einzelnen Bundesstaaten überwiehen werden. In der Zwischenzeit dürfte Staatssekretär Delbrück noch mit den Vertretern der einzelnen Reichstagsfraktionen, die bei den bisherigen Besprechungen nicht vertreten waren, Rücksprache nehmen.

Eine Kirchhoffsschändung.

Lieber eine unerhörte Friedhofschändung in Schodorf bei Greiffenberg weiß der Wote aus dem „Kriegsengländer“ zu berichten: In Schodorf steht ein alter Kirchhof, das jetzt der katholischen Kirchengemeinde Greiffenberg gehört. Um das Kirchlein liegt ein alter, aber nicht geschlossener Friedhof, dessen Besten der katholischen Kirchengemeinde und der politischen Gemeinde Schodorf freigegeben ist. Nebenfalls haben aber die Evangelischen in Schodorf ein Mitbenutzungsrecht an dem Friedhof, und sie haben auch ihre Toten dort begraben, ohne ein Grabgeld zu bezahlen. In diesem Sommer ließ nun die katholische Kirchengemeinde eine an sich notwendige Reparatur der Kirche vornehmen. Dabei wurde aber der Friedhof in einer Weise vernichtet, die in Schodorf eine große Empörung und Erbitterung erregt hat. Etwa hundert Gräber wurden einfach planiert, die Grabdenkmäler beseitigt oder gar zertrümmert und die Blume und Pflanzen auf den Gräbern abgeschlagen, so daß der Friedhof jetzt ein trauriges Feld der Verwüstung bietet. Es handelt sich bei diesen zerstörten Gräbern durchweg um Tote, deren Angehörige, zum Teil sogar die Kinder lebten und die Gräber pflegten.

Besondere Erbitterung erregte es aber, daß bei der Regung eines Grabens zum die Kirche auch die Gräber des früheren evangelischen Ortsgeistlichen und des evangelischen Kantars schwer beschädigt und die Hünen von der Gemeinde errichteten Grabdenkmäler beseitigt und zertrümmert wurden. Bei diesen Arbeiten wurden die Leichen teilweise bloßgelegt und diese Leichenteile dann wieder vergraben. Ja, es soll sogar die Anweisung gegeben worden sein, die Leiche der verstorbenen Grabdenkmäler zu den Pfasterarbeiten zu verwenden, was durch das Einsetzen des Leichens verbunden wurde.

Die Vernichtung des Friedhofs konnte deshalb ungeschickter geschehen, weil sich der evangelische Ortsgeistliche zufällig während dieser Zeit auf Urlaub befand. Jetzt sind Befehden an den Landrat und an die Regierung abgegangen und eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Enttötung der evangelischen Schodorfer richtet sich vornehmlich gegen den katholischen Kirchenvorstand in Greiffenberg, dessen Vorsitzender der Stadtpfarrer Dr. Otto ist, der Begräbnis und weiter einer kürzlich ins Leben getretenen Zentrumszweigung „Der Kreis“.

Keine Erhöhung der Soldatenlöhne. Wie wir hören, werden „aus Sparmaßregeln“ auch im Reichstag für 1911 keine Mittel zur Erhöhung der Löhne für Gemeine eingestellt werden. Wegen bereits bei allgemeiner Entlohnung der Wehrkräfte abgelehnt worden sind, um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, hat sich die Erhöhung der Mittel für Soldatenlöhne „nicht durchsetzen lassen.“ Das fernzieht das ganze Finanzsystem des Reiches besser als alles andere!

Oberbürgermeister Guno, der jetzt im Reichstag den Wahlkreis Gagen-Schwelm vertritt, wird bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren, da ihm seine hauptamtliche Tätigkeit eine uneingeschränkte Wahrnehmung seines Reichstagsmandats nicht ermöglicht. Das versteht sich eigentlich von selbst.

Geldstrafen statt Haftstrafen für Rekruten. Wider müssen in vielen Fällen bei geringen militärischen Vergehen durch Rekruten und Wehrleute wie z. B. Verstoßen von Konzertversammlungen, Nichterfüllung von Wohnungspflichten, Rekruten nach dem Militärstrafgesetzbuch verurteilt werden. Im Zukunft soll bei solchen Vergehen milder vorgegangen werden. Es sollen aus Geldstrafen ausfüllig sein, in ganz leichten Fällen kann von einer Verurteilung überhaupt Abstand genommen werden. Die Einführung von Geldstrafen ist bei der in Aussicht genommenen Reform des Militärstrafgesetzbuchs auch für weitere Vergehen geplant, wobei es sich nicht um Vergehen gegen die Disziplin oder um Ungehorsam des besammerten Mannschaf handelt.

Wenn der Beamte umzieht. Für alle Reichsbeamten ist der Umzug einer Lage gegen den Marinestützpunkt von hohem Interesse, die ein unter gleichzeitiger Beförderung zum Zahlmeister von Kiel nach Wilhelmshaven verlegter Zahlmeisterpräsident angestremmt hatte, weil ihm, statt der einen Zahlmeister ausstehenden Umzugsstellen nur die eines Zahlmeisters abzutreten ausgesetzt wurden. Das Gericht erkannte auf Ablehnung der Klage, da der Kläger mit der Ernennung zum Zahlmeister nicht auch schon die Pflichten und Rechte dieses Amtes erlangt habe. Die Umzugsstellen eines Zahlmeisters werden ihm nur zuteilen, wenn er diesen Rang schon vor seinem Umzuge gehabt habe. Wer also zum Zahlmeister als Vorpostenkommandant zum Postenleiter ernannt ist und dabei verlegt wird, hat nur die Umzugsstellen seiner früheren Stellung zu erhalten, weil er das neue Amt erst in dem neuen Wohnort antritt.

Wieder eine Spionageaffäre. In der Ostbahn kurz im Landkreise Mey wurde der Ackerer Jungblut wegen Spionage verhaftet.

Erregung des radikal-sozialistischen Bloß? Nach einem Telegramm aus Paris erklärte der Präsident des Sozialdemokratischen radikal-sozialistischen Partei, der frühere Justizminister Wallé, einem Berichterstatter im Hinblick auf die Verhandlungen des demnächst in Rouen stattfindenden Parteikonferenzen: Wir können nicht hoffen, daß der alte radikal-sozialistische Bloß wiederhergestellt wird, da die Sozialisten nicht mitmachen wollen. Aber wir sind allein Parteien genug, die die Geschäfte der Republikaner zu besorgen. Wir werden vor allem die rechtliche Schule verteidigen, die doch immer bedroht ist. Wir werden nur ein Ministerium unterstützen, das ausschließlich mit den Republikanern Hand in Hand geht und eine Politik verfolgt, die die Parteien der Rechten nicht für die ihrige ansehen können.

Verneigte Staaten von Südamerika. Aus Santiago de Chile wird berichtet: Die Rede, in der am Mittwoch der argentinische Minister des Aeußeren bei dem aus Am,